

Wahlkampfplakat der FDP zur Berliner Landtagswahl mit dem Inhalt:

„Warum teilt die FDP nicht den Traum von einer autofreien Stadt?
Weil keine Frau der Welt mit dem Fahrrad zum Kreißsaal möchte.“

Sehr geehrter Herr Meyer,
sehr geehrte Mitglieder der FDP in Berlin,

die Wahl in Berlin rückt näher und so ist es völlig normal, dass politische Parteien mit Plakaten um die Aufmerksamkeit der Wähler buhlen.

Es ist wohl üblich, dass man sich im Wahlkampf auch jenen Bevölkerungsgruppen widmet, die in der Hektik des Alltagsgeschäftes gerne vergessen gehen.

Bei Ihnen, wertere Kandidaten der FDP, sind es nun die werdenden Mütter, deren Interessen für gewöhnlich nicht im Fokus Ihrer politischen Ziele stehen. Kennen wir Sie doch eher als Partei der Wirtschaft und der einfachen Steuerlösungen. So könnte man sich freuen, wenn Sie sich nun um die Sorgen und Nöte der werdenden Mütter bemühen und eine tragende Lösung in die politische Gesellschaft bringen würden.

Doch wie soll man den Bezug zur Fahrt in den Kreißsaal anders verstehen, als einen Affront gegen die Frauen, deren Nöte viel dramatischere Dimensionen angenommen haben, als eine möglicherweise kommende autofreie Stadt, die sicherlich Ausnahmeregelungen für Krankentransporte und Kreißsaalfahrten bieten würde?

Für Frauen wird es immer schwerer, eine Hebamme zu finden, die sie betreuen kann. Sowohl im klinischen, wie auch im häuslichen Bereich ist die kontinuierliche Betreuung der Frauen nicht mehr flächendeckend zu finden. Die Kreißsaalhebamme muss nicht selten 6 Frauen pro Schicht gleichzeitig betreuen. Da bleibt nicht viel Zeit, der einzelnen Gebärenden genügend Beistand zu leisten, den diese bräuchte, um in Sicherheit und Würde ihr Kind auf die Welt zu bringen. In der ambulanten Versorgung herrscht bereits vielerorts ein Hebammenmangel, da diese Form der Berufsausübung sich einfach nicht rentiert. So bleibt vielen Frauen und ihren Familien dieses wichtige Angebot ganz verwehrt: Der Start ins junge Eltern Glück verursacht mehr Sorgen und gesundheitliche Probleme, als dies der Fall sein müsste.

Noch immer haben die Frauen nicht einmal einen Rechtsanspruch auf Hebammenhilfe, da diese gesetzlich nicht geregelt wurde! Gescheitert ist dies nicht zuletzt an der mangelnden Unterstützung Ihrer Partei.

Die Wahl des Geburtsortes und der eigenen Hebamme sollte in einer freien Gesellschaft ein schützenswertes Gut sein. Doch die politischen Versäumnisse der vergangenen Jahre schränken diese Freiheit der Frauen in immer mehr Regionen ein.

Die finanziellen und haftungsrechtlichen Restriktionen haben zur Folge, dass in den letzten Jahren die Zahl der medizinischen Eingriffe bei eigentlich risikofreien Schwangeren eine unakzeptable Höhe angenommen hat und die Wahrscheinlichkeit für die Frauen, ihr Kind per Kaiserschnitt zu gebären, vielerorts mit Hilfe einer Münze zu ermitteln ist. Und dies, obwohl die weltweite Empfehlung der WHO (Weltgesundheitsorganisation) eine Kaiserschnitttrate von 10 bis maximal 15 % als gesundes Maß vorgibt.

Die medizinischen und psychologischen Folgen der vielen medizinischen Eingriffe und Operationen haben die betroffenen Frauen und ihre Kinder zu tragen.

Diese Sorgen der Schwangeren zu teilen spräche von Empathie. Daraus einen politischen Willen zu formulieren, spräche für eine wirkliche Neuerung Ihrer Programmatik. Die berechtigten und ernsthaften Sorgen der Frauen auf eine Fahrt mit dem Fahrrad in den Kreißsaal zu minimieren, entbehrt jeglichem Respekt und jeglicher Fairness! Wahlkampf ist für politische Parteien zweifelsohne wichtig - die Inhalte einer Wahlkampfaußage jedoch ebenso!

In diesem Sinne wünschen wir uns von Ihnen eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Sorgen und Nöten der werdenden Mütter und wir bieten Ihnen gerne unsere fachliche Unterstützung an, um die grundlegenden Probleme der werdenden Mütter politisch zu lösen.

Mit freundlichen Grüßen,

Susanna Rinne-Wolf

1. Vorsitzende, Berliner Hebammenverband e. V.

Jitka Weber

2. Vorsitzende, Berliner Hebammenverband e. V.

Katharina Jeschke

Beirätin für den freiberuflichen Bereich, Deutscher Hebammenverband e. V.